

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

141. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 24. November 2004

Tagesordnungspunkt I:

a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)** (Drucksachen 15/3660, 15/3844)

13007 A

b) Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2004 bis 2008** (Drucksachen 15/3661, 15/3844, 15/4326)

13007 B

Tagesordnungspunkt I.13:

Einzelplan 04

Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Drucksachen 15/4304, 15/4323)

13007 B

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Petra Pau.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, hören Sie bitte der nächsten Rednerin zu. – Bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS wird den Haushaltsplan 2005 ablehnen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Oh!)

Der Grund ist plausibel: Wir halten die hinter diesem Haushaltsplan stehende Politik für falsch.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Die Bundesregierung gibt vor, mit ihrer Agenda 2010 werde der Sozialstaat gestärkt. Das Gegenteil ist aber der Fall. Der Staat und das Soziale werden geschwächt. Die Bundesregierung gibt vor, mit ihrer Außenpolitik werde der Friede gesichert. Tatsächlich werden aber Kriege geführt und wird aufgerüstet.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Die Bundesregierung gibt vor, mit ihrer Innenpolitik werde Sicherheit geschaffen. Tatsächlich werden aber Bürgerrechte und Demokratie blockiert.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Diese rot-grüne Generallinie haben wir stets kritisiert. Wir als linke Opposition werden das auch weiterhin tun.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Die Opposition zur Rechten bietet allerdings ebenfalls nichts Besseres. Der aktuelle **Gesundheitskompromiss von CDU und CSU** belegt es. Er ist ein Bazillus und kein Heilmittel. Er belastet die Beladenen. Er passt weder auf den Bierdeckel von Friedrich Merz noch auf den Rezeptblock von Horst Seehofer. Aber auch das sei nicht vergessen: Ihre Partei, Frau Merkel, hat die Debatte über weltweite Präventionskriege in den Bundesrat getragen. Hätten Sie das Sagen gehabt, wäre Deutschland unmittelbar an dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA im Irak beteiligt.

Inzwischen haben sich CDU und CSU auch noch dem Feldzug der FDP gegen die Gewerkschaften angeschlossen.

(Jörg van Essen [FDP]: Gegen die Funktionäre! – Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Gegen die Funktionäre!)

Ihr Angebot für das 21. Jahrhundert heißt: mehr arbeiten für weniger Lohn oder, wie es in einem alten Arbeiterlied heißt, „Unmündig nennt man uns und Knechte“. – Deshalb wiederhole ich: Die Konzepte von CDU und CSU wären nur der schwarze Punkt auf dem rot-grünen i. Davor mögen uns das Herz und auch der Verstand bewahren.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Zurück zum Haushalt der Bundesregierung. Der Haushalt basiert auf einer Steuerreform, die den Sozialstaat verarmen lässt, die Wohlhabenden belohnt und die Armen immer mehr belastet. Sie verkaufen das Ganze als sozial gerecht und wundern sich, wenn immer weniger das glauben – zu Recht; denn die rot-grüne Steuerreform ist weder sozial noch gerecht. Sie setzt die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben fort.

Wir wollen mit dem **Steuerkonzept der PDS** das Gegenteil. Auch deshalb haben wir beantragt, den Spitzensteuersatz nicht zu senken und die Vermögensteuer wieder zu erheben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Ein zentraler Punkt Ihrer Agenda 2010 heißt **Hartz IV**. Sie verkaufen es als Reform gegen die Massenarbeitslosigkeit – zu Unrecht. Ich habe Ihnen hier schon mehrfach vorgerechnet, warum Hartz IV schlecht für den Westen und Gift für den Osten ist. Meine Argumente wurden auch in dieser Haushaltsdebatte nicht widerlegt. Die Zahlen zeigen: Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt und steigt. Deshalb wiederhole ich hier meine Generalkritik: Die Agenda 2010 ist ein Gegenentwurf zu einem modernen demokratischen Sozialstaat. Deshalb lehnen wir als PDS im Bundestag sie auch so grundsätzlich ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Die PDS bleibt dabei, Solidarität und Gerechtigkeit sind unverzichtbare und übersichtliche Werte, da ja gilt: Die Reichen helfen den Armen, die Gesunden helfen den Kranken, Junge helfen den Alten usw. Genau diese Prinzipien aber werden mit der Agenda 2010 aufgegeben. Viele Grünen bejubeln die Abkehr vom solidarischen Sozialstaat sogar noch als Zukunftsmodell, manche sogar so laut, dass sie das Grummeln in den Arbeits- und Sozialämtern gar nicht mehr hören können. Ich gebe zu, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, als gelernte DDR-Bürgerin habe ich in den letzten Jahren versucht, von den Grünen zu lernen. Aber es bringt nichts mehr.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Zu viele Grüne haben sich inzwischen von Bürgerrechten, von der Solidarität und übrigens auch von der Friedenspflicht verabschiedet. Denn auch das gehört zum Thema: Verlierer des Hartz-IV-Gesetzes und der Arbeitslosengeld-II-Regelungen sind vor allem Frauen. Nach über 100 Jahren Frauenbewegung und Emanzipationsstreben hat ausgerechnet Rot-Grün ein Stoppzeichen für die Frauen gesetzt. So wird durch Sie Geschichte entsorgt.

Solidarität als Zukunftsmodell ist auch vor einem anderen Hintergrund wichtig. Ich vernehme mit großer Sorge, wie CDU und CSU die unsägliche Debatte über eine vermeintliche **deutsche Leitkultur** wieder aufwärmen. Die Diskussion dreht sich um ein gefährliches Phantom: Sie spaltet, sie macht arm – intellektuell und kulturell – und sie macht blind. Auf der Kölner Kundgebung am Wochenende für ein friedliches Miteinander meinte Bayerns Innenminister, er wolle nirgendwo in der Bundesrepublik

zweisprachige Ortsschilder sehen; das widerspreche seinem deutschen Leitbild. Liebe Bayern unter unseren Kollegen, es gibt zweisprachige Ortsschilder: in Sachsen und in Brandenburg, überall dort, wo von alters her Sorbinnen und Sorben mit ihrer slawischen Sprache und Kultur leben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Weil das so bleiben soll, appelliere ich an Rot-Grün: Nehmen Sie die Kürzungen für die Stiftung für das sorbische Volk zurück! Sie gefährden sonst eine Kultur, die genauso zum multikulturellen Deutschland gehört wie das Boßeln in Bremen oder der Kirchgang im Allgäu.

(Petra-Evelyne Merkel [SPD]: Was ist das? Waren Sie nicht dabei?)

– Nein, nur wenn Sie unserem Antrag zustimmen, wird das Förderniveau des vergangenen Jahres wieder erreicht. Ansonsten stimmt meine Aussage, dass es Kürzungen geben wird, Frau Kollegin Merkel.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wir können in München ja niederbayerisch schreiben! Das können Sie nicht lesen!)

Noch ganz wenige Bemerkungen zum **Verteidigungshaushalt**: Schon der Name ist falsch; denn es geht um vieles, aber nicht mehr um Landesverteidigung. Es geht um die Fähigkeit zu weltweiten Interventionen, die das Grundgesetz bekanntlich nicht vorsieht. Wir haben einmal hochgerechnet: Würde die Bundesregierung nur auf die Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee verzichten, dann würden allein im nächsten Jahr circa 600 Millionen Euro für Besseres frei, zum Beispiel für Entwicklungshilfe. Auch dazu liegt ein Antrag von uns vor. Sie müssen nur noch zustimmen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Abschließend: Die Koalitionsfraktionen und die Regierung haben erneut versucht, ihren Haushalt und ihre Politik als alternativlos schönzureden. Das ist falsch und langweilig. Es gibt immer Alternativen. Die PDS setzt dem Ganzen eine gerechte, eine soziale, eine moderne und vor allen Dingen eine demokratische „Agenda sozial“ entgegen.

(Anhaltender Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Jörg Tauss [SPD]: Für das Protokoll: lang anhaltender Beifall!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Der Weg ist ja auch lang.

Das Wort hat jetzt die Staatsministerin Christina Weiss für die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)